



Integration ist eine gemeinsame Aufgabe

Die Fraktionsvorsitzenden von Rot-Rot-Grün: Herausforderungen gemeinsam bewältigen

Thüringen steht vor einer gewaltigen Herausforderung, mit der vor einem Jahr noch niemand gerechnet hat. Daraus erwachsen Aufgaben, die wir nur im Grundkonsens der demokratischen Kräfte und durch koordiniertes und pragmatisches Handeln des Landes und der Kommunen bewältigen. Die rot-rot-grünen Regierungsfractionen sehen in dem von Ministerpräsident Bodo Ramelow einberufenen und am 27. August stattgefundenen Flüchtlingsgipfel ein wichtiges Signal an die Kommunen, dass die Landesregierung um die Herausforderungen weiß, die die Thüringer Gemeinden, Städte und Landkreise aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen bewältigen müssen.

„Wir wollen, dass Thüringen ein welt-offenes und sicheres Land bleibt, das für eine humane und menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik steht. Das Treffen mit den kommunalen Spitzenverbänden war ein wichtiger Schritt, die Herausforderungen gemeinsam mit der kommunalen Ebene zu meistern. Dabei ist eines klar, der Bund darf das Land und die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Wir fordern eine wesentliche Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten“, so Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Matthias Hey, betonte: „Wir müssen die Sorgen und Nöte der Kom-

munen mit Blick auf die steigenden Flüchtlingszahlen sehr ernst nehmen. Keiner kann mehr sagen ‚das wird schon‘. Wir müssen kurzfristig Lösungen finden, um die aufgeheizte Lage abzukühlen und langfristig Sorge treffen, dass wir die Menschen, die zu uns kommen und Schutz suchen, adäquat unterbringen und versorgen können.

Wenn wir denjenigen, die ohne Asylgrund zu uns kommen, eine Bleibeperspektive über ein Zuwanderungsgesetz geben könnten, wäre das mittelfristig bis langfristig ein Weg, um das Asylsystem und damit einhergehend die Belastung der Kommunen zu mildern. Aber nur durch den permanenten und intensiven Dialog mit den Kommunen können wir einvernehmliche Lösungen finden. Nur durch ein mit den Kommunen abgestimmtes Regierungshandeln kann es gelingen, einer Überforderung der Bevölkerung vorzubeugen, den Bürgerinnen und Bürgern Ängste zu nehmen, Vorurteilen zu begegnen und dadurch rechten Populisten Boden für ihre Propaganda zu entziehen.“

Auch Dirk Adams, Fraktionsvorsitzender der Grünen, begrüßte die Fortsetzung des Dialogs der Landesregierung mit den Kommunen: „Klar ist, dass wir von Seiten des Landes alles tun werden, um die Kommunen bei der Aufnahme der Asylsuchenden bestmöglich zu unterstützen. Wir haben daher im Landtag bereits beschlossen, die Sozialbetreuungspauschale zu verbessern und werden zudem über eine zusätzliche Finanzierung für die Land-

kreise und kreisfreien Städte nachdenken. Fest steht aber auch, dass es seitens des Bundes schnell eine dauerhafte und strukturelle finanzielle Beteiligung an den Kosten geben muss.“

Die Fraktionsvorsitzenden erklärten abschließend: Die Kommunale Familie steht im Maschinenraum der Flüchtlingspolitik und muss bei wichtigen Entscheidungen beteiligt werden. Die Landesregierung strebt deshalb an, mit den Kommunen gemeinsam einen Thüringer Integrationsplan zu entwickeln, der es möglich macht, die Chancen einer verstärkten Migration von Menschen in den Freistaat zu nutzen. Rot-Rot-Grün hat immer deutlich gemacht, dass die Regierung nur auf der Basis geltenden Rechts agiert und auch bei der Frage der Beendigung des Aufenthalts abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber keinen Sonderweg geht. Wir begrüßen es, dass die Probleme des Bleibe- und Rückführungsmanagements jetzt in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit den Kommunen auf den Tisch kommen, um sie in eine Evaluation der Rückführungspraxis einfließen zu lassen. Ziel muss es sein, dass alle Asylsuchenden innerhalb von drei Monaten Klarheit über ihre Bleibeperspektiven haben.

Thüringen hat seit der Wiedergründung des Landes in wichtigen Situationen zusammen gestanden und gemeinsam Lösungen für schwierige Probleme gefunden. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass dieser Weg weitergegangen wird. ■

AKTUELL

Fortsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms

Der Thüringer Arbeitsmarkt ist im August mit einer Arbeitslosen-Quote von 7,9 Prozent relativ stabil. Die Anzahl der Arbeitslosen sinkt bis auf wenige Bevölkerungsgruppen. „Wir sollten dennoch nicht vergessen, in Thüringen sind 26.069 Menschen im Rechtskreis SGB III und fast doppelt so viele, nämlich 56.679, im SGB II von Arbeitslosigkeit betroffen.

Auch wenn der Anteil der Langzeitarbeitslosen leicht gesunken ist, betrifft es aber immer noch mehr als 29.500 Menschen, von denen jeder zweite im besten Alter zwischen 25 und 50 Jahren ist. Mit 21 Prozent stark ansteigend ist der Zugang von Ausländern in Arbeitslosigkeit.

„Da insgesamt in Thüringen 146.153 Menschen arbeitssuchend sind, sollte die Wirtschaft größere

Anstrengungen unternehmen, daraus ihr Arbeitskräftepotenzial zu schöpfen. Im Durchschnitt kommen auf eine freie Stelle in Thüringen vier Arbeitslose“, sagte Ina Leukefeld als arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Die Anzahl der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist derzeit rückläufig, was mit dem vollständigen Auslaufen der Bürgerarbeit und dem stockenden Neubeginn der Bundesprogramme zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen sowie Soziale Teilhabe zu begründen ist.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind über 2.000 Beschäftigung schaffende Maßnahmen weniger zu verzeichnen. Deshalb erwartet Ina Leukefeld dringend die Bestätigung der neuen Richtlinien zur Fortsetzung des Lan-

desarbeitsmarktprogramms sowie die neue Richtlinie zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Gemeinwohlarbeit durch das Thüringer Finanzministerium.

„Mit dem Landeshaushalt für 2015 wurden dafür zwei Millionen Euro bereitgestellt, die es in diesem Jahr noch für entsprechende Arbeitsplätze einzusetzen gilt. Das sind Investitionen in Menschen, die sowohl den Betroffenen als auch den Kommunen zu Gute kommen“, so die Arbeits- und Sozialpolitikerin der Linksfraktion.

Die Kreisfreien Städte und Landkreise, die Jobcenter sowie die Träger von Maßnahmen bittet Ina Leukefeld, schon jetzt dafür zu sorgen, dass schnell die Arbeit losgeht, sobald die Richtlinie in Kraft tritt. Damit sei in diesen Tagen zu rechnen. ■

KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

Rückwirkung begrenzen

Die Umsetzung der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag, wonach die in Thüringen geltende rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zeitlich begrenzt werden soll, muss noch in diesem Jahr gesetzgeberisch erfolgen. Dieser Zeitdruck resultiert aus einer Regelung im Kommunalabgabengesetz.

Sie war 2011 unter der Regierungsverantwortung der CDU in das Gesetz aufgenommen worden und darin heißt es, dass alle Gemeinden, die bereits eine Straßenausbaubeitragsatzung hatten, bis zum 31. Dezember 2015 die Straßenausbaubeiträge für alle Ausbaumaßnahmen, die seit 1991 realisiert wurden, bescheiden müssen.

LINKE, SPD und B 90/Grüne wollen diese ungezügelt Rückwirkung begrenzen. Bereits seit Monaten diskutieren die drei Regierungsfractionen gemeinsam mit der Landesregierung und den Betroffenenverbänden über eine Lösung. Die Begrenzung der Rückwirkung gestaltet sich dabei komplizierter als gedacht, weil Juristen befürchten, dass die Gemeinden finanzielle Erstattungsansprüche gegen das Land geltend machen könnten. Diese Ansprüche könnten den Landeshaushalt jährlich mit bis zu 15 Millionen Euro belasten.

Gegenwärtig wird eine Variante zwischen den Regierungsfractionen diskutiert, die diese juristischen Bedenken ausräumen könnte. Demnach könnte im Thüringer Kommunalabgabengesetz geregelt werden, dass künftig Gemeinden nur dann Straßenausbaubeiträge für Ausbaumaßnahmen erheben können, wenn vor Baubeginn eine Straßenausbaubeitragsatzung vorliegt. Die bisherige gesetzliche Pflicht zur rückwirkenden Erhebung könnte so gelockert werden, dass künftig die Gemeinden selbst entscheiden, ob sie diese Straßenausbaubeiträge für Ausbaumaßnahmen, die vor 2011 fertiggestellt wurden, erheben. Dadurch, dass hier die Gemeinden künftig selbst entscheiden können, sind Erstattungsansprüche gegenüber dem Land ausgeschlossen.

Die Fraktion DIE LINKE hat bereits erklärt, eine solche mögliche Kompromisslösung mitzutragen, wenn sie noch bis zum Jahresende Eingang ins Gesetz findet.

Die Koalition muss sich also sehr zügig einigen, anderenfalls käme eine solche gesetzliche Neuregelung für einige Gemeinden zu spät. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Ausbildungsqualität muss besser werden

„Der 10. Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeigt, dass bei allem Lob für die duale Ausbildung noch erhebliche Mängel bestehen“, so Kati Engel, Sprecherin der Linksfraktion für Ausbildung. Trotz der komfortablen Lage in Thüringen sind noch 1.944 junge Menschen ohne einen Ausbildungsvertrag und 3.860 Ausbildungsstellen unbesetzt. „Es muss dringend die Vermittlung, aber auch die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessert werden, sonst verlassen noch mehr Jugendliche Thüringen“, forderte die Abgeordnete.

So würden viele von vornherein ausgeschlossen, da einige Ausbildungsplätze nur für Realschüler oder Abiturienten ausgeschrieben seien. Schüler mit einem Hauptschulabschluss gingen meist leer aus. „Gleichzeitig beschwerten sich die Betriebe über einen Fachkräftemangel. Das ist doch eine paradoxe Situation.“ Zudem würden bestimmte Ausbildungsberufe, wie im Hotel- und Gaststättenbereich, bewusst gemieden wegen der eklatant schlechten Bedingungen (Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten, geringe Vergütung).

„Es muss wirksamere Kontrollen zur Überwachung der Ausbildungsqualität geben. Die Kammern kommen dieser Aufgabe nur unzureichend nach. Auszubildende brauchen eine Beschwerdestelle, der sie vertrauen. Hier sind Politik und Gewerkschaften gleichermaßen gefragt“, sagte Kati Engel. ■

Prüfung der Kammern für mehr Transparenz

Zur Weigerung zweier Thüringer Industrie- und Handelskammern, sich einer Prüfung des Thüringer Rechnungshofes zu unterziehen, erklärte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Die unabhängige Kontrolle öffentlicher Einrichtungen ist ein zentrales Fundament unserer Demokratie. Dem müssen sich auch die Kammern als Anstalten öffentlichen Rechts unterziehen.“ Der Abgeordnete verwies auf die Zwangsgliederschaft in den Kammern mit entsprechenden Beitragspflichten, die eine transparente Geschäftsführung besonders nötig machen. „Die vom Verwaltungsgericht Koblenz für rechtswidrig erklärte überbordende Rücklagenbildung vorwiegend aus den Mitgliedsbeiträgen macht deutlich, dass mehr Offenheit notwendig ist. Es ist mir deshalb vollkommen unverständlich, warum die IHK Südthüringen und die IHK Erfurt im Gegensatz zur IHK Ostthüringen nicht dem transparenten Weg folgen wollen.“ ■

Fotos vom Wohnwagen waren später gelöscht

Zeugenbefragung im zweiten NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag

Am 27. August fand die zweite öffentliche Zeugenbefragung des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag statt. Themen war das brennende Wohnmobil und die aufgefundenen Leichen der NSU-Mitglieder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos am 4. November 2011 in Eisenach sowie der Einsatz von Polizei und Feuerwehr. Auf der Homepage des Jugend- und Wahlkreisbüros Haskala der Landtagsabgeordneten Katharina König, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss, werden regelmäßig die ausführlichen Protokolle der öffentlichen Sitzungen eingestellt: www.haskala.de. Daher auch die folgende Zusammenfassung der zweiten Zeugenbefragung.

Eine Blaulicht-Reporterin führte Fotoaufnahmen vor, die sie am Tatort kurz nach Eintreffen der ersten Feuerwehrleute angefertigt hatte. Die Zeugin erklärte, dass zwar mehrere Einsatzkräfte einen Blick in den Wohnwagen geworfen hatten, aber keiner einen Spurenschutzanzug trug und eine Tatortgruppe zunächst gar nicht am Wohnwagen war.

Der oberste Feuerwehrmann aus Eisenach forderte seine Feuerwehrleute zur Verschwiegenheit auf, um diese nach eigenen Angaben vor der Presse zu schützen. Kritik der Freiwilligen Feuerwehr, wonach diese einer Gefahr ausgesetzt war, weil die Polizei nicht über gefallene Schüsse informiert, hatte er nicht ernst genommen und vertraute dem Eisenacher Polizeichef, der halbherzig versicherte, dass man

die Feuerwehr doch „nicht ans Messer liefern würde“, obwohl kurz vor dem Löschen noch geschossen wurde. Auch unternahm er keine Versuche, das von der Polizei beschlagnahmte Feuerwehreigentum, eine SD-Karte mit Fotos vom Wohnwagen, wiederzubekommen, später waren die Fotos gelöscht.

Ein Mitarbeiter einer Abschleppfirma berichtete, dass aus dem Wohnmobil am Tatort Sachen ausgeräumt wurden, der Chef des Abschleppunternehmens erklärte, dass er den NSU-Wohnwagen

sächsische Innenminister (oder ein Vertreter des sächsischen Innenministers) in seine Halle nach Eisenach gekommen sei, um sich den Wohnwagen anzuschauen.

Eine Gerichtsmedizinerin, die zufällig vor Ort war, konnte nur einen ganz kurzen Blick in den Wohnwagen werfen, aber nicht feststellen ob die beiden (Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos) tot waren. Ohne Leichenschau reiste sie zunächst wieder ab. Wann und ob überhaupt jemand korrekt den Tod von Mundlos und Böhnhardt im Wohnwa-



samt Leichen und Waffen im Inneren im 40-Grad-Winkel hochgezogen und drei bis fünf Kilometer durch Eisenach gefahren habe, ihn dann in seiner Halle parkte, wo er einen Monat rumstand, davon die meiste Zeit völlig unbewacht. Außerdem berichtete der Chef des Abschleppunternehmens, dass der

gen am 4. November feststellte, konnte bisher noch nicht geklärt werden.

Zur nächsten Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag am 17. September sollen Rettungssanitäter und Kriminaltechniker befragt werden. ■

Für Einführung Gedenktag 8. Mai

Zu den Vorwürfen der CDU, die Koalitionsfraktionen hätten im Innenausschuss aus „ideologische(r) Verbohrtheit“ (so eine CDU-Pressemitteilung) die Aufnahme weiterer Gedenktage in das Feiertagsgesetz verweigert, erklärte die Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König:

Im Ausschuss ist über die Ergebnisse der Anhörung diskutiert worden, die ein überwiegend positives Echo zum Vorschlag der Einführung des Gedenktages 8. Mai erbracht haben. Dabei hatte für die Koalition besonderes Gewicht, dass einige Anzuhörende, die Opfergruppen des NS-Regimes und Widerstandskämpfer repräsentieren, die besondere Rolle des 8. Mai im geschichtlichen Kontext hervorgehoben haben. Daraus hat sich ergeben, die Bedeutung der Einführung eines Gedenktages 8. Mai nicht durch das Verknüpfen mit weiteren Gedenktagen zu relativieren. ■

Zu keinem Zeitpunkt hat es die LINKE oder gar die Koalition abgelehnt, mit gesellschaftlichen Institutionen sowie der parlamentarischen Opposition in eine breite und ergebnisoffene Diskussion über die Einführung weiterer Gedenktage zu bedeutsamen Anlässen zu treten.

Richtig ist an der Pressemitteilung der CDU daher nur, dass eine Verknüpfung der Einführung des Gedenktages anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa mit weiteren Gedenktagen keine Mehrheit im Ausschuss gefunden hat und ein entsprechender Änderungsantrag der CDU abgelehnt wurde. Ich habe der CDU im Ausschuss explizit die Beratung zur Aufnahme weiterer Gedenktage ins Feiertagsgesetz angeboten. Wie sich nun zeigt, diene der CDU-Antrag aber eher der Konstituierung von Oppositionsmythen, denn irgendeinem inhaltlichen Anliegen, wie etwa dem Gedenken an Opfer des SED-Unrechts. ■

Bildungsmonitor: 2. Platz von Thüringen verteidigt

Erneut belegte Thüringen beim „Bildungsmonitor“ hinter Sachsen den zweiten Platz. Zum guten Abschneiden in der neuen Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft zum Vergleich der Länder-Bildungssysteme, erklärte der bildungspolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, Torsten Wolf: „Zunächst spiegelt sich in diesem Ergebnis die Arbeit der Lehrkräfte an den Thüringer Schulen. Es ist in erster Linie ihre engagierte Arbeit, die immer wieder zu guten Ergebnissen bei den verschiedenen Vergleichsgruppen führt. Thüringen verfügt heute deutschlandweit über die am besten ausgebauten Angebote im Ganztags-schulbereich in Landesträgerschaft.“ Hinzu komme, „dass die Koalition alles tut, um mit der Neueinstellung von Lehrern und zusätzlichen Kräften u.a. für Deutsch als Zweitsprache die personelle Situation zu entspannen und den Unterrichtsausfall weiter zurückzudrängen.“ ■

Einwohner beteiligen über Bürgerhaushalt

Arbeitskreis Inneres und Kommunales der Linksfraktion zu Arbeitsbesuch in Artern

Auf Einladung von Torsten Blümel, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kyffhäuserkreis und Kandidat für die Bürgermeisterwahl in Artern (am 13. September), war der Arbeitskreis Inneres und Kommunales der LINKE-Landtagsfraktion zu einem Arbeitsbesuch in der Stadt. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform, Chancen und Risiken eines Bürgerhaushaltes, Besuche bei der Freiwilligen Feuerwehr und der Zentralen Bußgeldstelle.

Empfangen wurde die Mitglieder des Arbeitskreises unter Leitung des innenpolitischen Sprechers der Linksfraktion, Steffen Dittes, von Arterns langjährigem Bürgermeister Wolfgang Koenen (DIE LINKE). Mit dem Kämmerer der Stadt, David Petrat, wurden Chancen und Risiken eines Bürgerhaushaltes erörtert. Torsten Blümel machte zwar deutlich, dass natürlich das Geld vorne und hinten nicht ausreicht, gerade deshalb wolle er aber die Einwohner über einen Bürgerhaushalt künftig stärker beteiligen, um gemeinsam Prioritäten zu setzen.

Ralf Kalich, Sprecher für Kommunal Finanzen der Landtagsfraktion und Bürgermeister der Gemeinde Blankenstein (Saale-Orla-Kreis), berichtete aus Erfahrungen bei Bürgerbeteiligungen in seiner Gemeinde. Diese zeigen, dass Bürgerbeteiligung immer dann hoch sei, wenn es der Gemeinde finanziell besonders schlecht gehe. Der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag, Frank Kuschel, machte darauf aufmerksam, dass bei einem solchen Prozess zumeist nur ein eingeschränkter Kreis von Menschen erreicht werde. Deshalb ist es wichtig, dass man ihn schrittweise gestalte. So sei die Information über die Struktur eines kommunalen Haushaltes verbun-

den mit einer demokratischeren Gestaltung des Haushaltsvollzugs von großer Bedeutung. Zudem müsse dargestellt werden, welche Bereiche des Haushalts überhaupt steuerbar seien.

Einigkeit bestand im Hinblick auf die anstehende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform für die Region Artern. Ein Zusammengehen der Verwaltungsgemeinschaft Mittelzentrum Artern mit der Stadt Artern habe oberste Priorität, um eine zukünftige leistungsfähige Verwaltungsstruktur in der Region zu schaffen. Peter Hauthal von der Freiwilligen Feuerwehr in Artern mach-

Hohes Engagement der Feuerwehren in Thüringen

Nachdem der Thüringer Innenminister kürzlich den Brand- und Katastrophenschutzbericht für das Jahr 2014 vorgestellt hatte, sagte Steffen Dittes: „Die hohe Anzahl der Einsätze demonstriert eindrücklich, welche große Verantwortung die über 35.000 Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehren in Thüringen tragen.“

Mit Blick auf die seit Jahren abnehmende Zahl der Aktiven mahnte er zu-



te auf Probleme durch den demographischen Wandel aufmerksam. Mit 100 Einsätzen im Jahr bei 34 aktiven Kameradinnen und Kameraden gerate man an die Grenzen der Einsatzfähigkeit. Die Förderung der Nachwuchsgewinnung müsse deshalb auch stärker von der Landespolitik in den Blick genommen werden. Den Abschluss bildete ein Besuch der Zentralen Bußgeldstelle. Behördenchef Thomas Unger gab Einblicke in die umfangreichen Arbeitsfelder der Bußgeldstelle, welche allein im Jahr 2014 fast 22,5 Millionen Euro Einnahmen für den Freistaat erzielen konnte. *Matthias Gärtner*

gleich an, die erfreulich gestiegene Zahl der Angehörigen der Jugendfeuerwehren zum Anlass zu nehmen, verstärkt für den Übergang in die Einsatzabteilungen zu werben. Dabei sei die durch das Land Thüringen unterstützte Mitgliederkampagne ein wichtiger Schritt.

Eine weitere dringliche Aufgabe sei es, die Einführung des Digitalfunks auch für die Feuerwehren von Seiten des Landes aktiv zu unterstützen und finanziell sicherzustellen, wie dies durch den beschlossenen Haushalt 2015 bereits begonnen wurde. ■

VON A BIS Z:

Milchbauern

Die Proteste der Bauern gegen den Preisverfall bei Milch werden von Dr. Johanna Scheringer-Wright, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, unterstützt. „Nach dem Wegfall der europäischen Milchquotenregelung war ein Absacken der Milcherzeugerpreise vorauszusehen, deshalb hätte es anstelle der veralteten Milchquote ein neues Regularium geben müssen.“

Die Abgeordnete hatte immer davon gewarnt, nur auf den Export zu setzen. Die Sanktionen gegen Russland und die Exportkrise, die von der Bundesregierung und der EU hausgemacht sei, sowie die beginnende Konjunkturschwäche in China belegten, wie verwundbar die Thüringer Landwirtschaft sei, wenn sie nur auf Export setze.

Die Landtagsabgeordnete kritisierte auch Verarbeitungsbetriebe und den Handel. Gegenwärtig betrage der Erzeugerpreis vielfach nur noch 27 Cent pro Liter, die billigste Milch im Supermarkt sei aber erst ab 55 Cent zu erhalten.

„Wenn für die Erzeugung von Milch durch ein lebendiges Wesen, das gefüttert, gepflegt und betreut werden muss, nur 27 Cent gezahlt werden, und gleichzeitig genauso viel oder noch viel mehr für die industrielle Verarbeitung und Vermarktung vom Kunden abverlangt werden, dann kann nur von Abzocke durch den Handel gesprochen werden.“ Den Milchbauern helfe nur, mehr Marktmacht aufzubauen, und dass auf EU-Ebene Regulierungsmaßnahmen umgesetzt werden. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungstermine des Thüringer Landtags sind bis zum Jahresende, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt vom 9. bis 11. September, vom 30. September bis 2. Oktober, vom 4. bis 6. November, vom 25. bis 27. November sowie vom 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Tourismus

Die weiterhin positive Entwicklung des Thüringen-Tourismus im ersten Halbjahr ist von Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion, begrüßt worden. „Dabei ist es wichtig, dass nicht nur die Städtekette, sondern auch andere Destinationen wie der Thüringer Wald deutlich zulegen konnten. Nun müssen wir diesen Trend stabilisieren und mit der Verzahnung von Destinationen und verschiedenen Tourismussegmenten weiter voranbringen.“ Zudem habe die rot-rot-grüne Koalition mit je einem Antrag zur neuen Landestourismuskonzeption und zum Wassertourismus bereits zwei Eckpfeiler für den Thüringen-Tourismus untermauert“, sagte der Abgeordnete. ■

Kindergeld

„Wieder gehen Menschen, die Hartz IV beziehen, beim erhöhten Kindergeld leer aus“, kritisierte MdL Ute Lukasch, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft „Hartz IV“ der Partei DIE LINKE. Das Kindergeld wird bei Hartz IV, Sozialhilfe oder Sozialgeld als Einkommen gezählt und vollständig angerechnet. „Damit geht die Anpassung gerade an den ärmsten Familien vorbei.“

„Dies ist eine sozialpolitische Fehlregelung, die unbedingt korrigiert werden muss“, unterstrich Kati Engel, kinderpolitische Sprecherin der Linksfraktion, vor allem aber seien „soziale Leistungen, die hoch genug sind, Armut zu verhindern und allen Kindern eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, notwendig“. ■

Volkshochschulen

Die Volkshochschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Weiterbildung und zum lebenslangen Lernen. „Mit ihren Angeboten in den Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Bildung sind die Volkshochschulen ein wichtiger Partner, um zu Chancengleichheit und -gerechtigkeit beizutragen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen“, so Christian Schaft, Sprecher für Erwachsenenbildung der Linksfraktion, anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Thüringer Volkshochschulverbandes e.V. (VHS). Er verwies auch auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Novellierung des Erwachsenenbildungsgesetzes, um diese Säule des Bildungssystems weiter zu stärken. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Sehr starke Überspitzung

Verwundert haben Polizei und Freibad-Mitarbeiter auf die Behauptung des CDU-Landtagsabgeordneten Michael Heym reagiert, der in der Asyldebatte im Landtag von Diebstählen im Meininger Freibad „in nie dagewesener Dimension“ gesprochen hatte.

Heym hatte dafür Flüchtlinge verantwortlich gemacht. Auf Nachfrage sagte die Leiterin der Bäder: „Die Aussage von Herrn Heym kann ich nicht bestätigen. Mir ist nicht ein Fall von Diebstahl angezeigt worden.“

Zweifel gibt es auch an Heyms Schilderung von der Situation an der Meininger Schule Am Kiliansberg - jedenfalls bei Thüringens Bildungsministerin Birgit Klauert (Linke). „Das scheint mir eine sehr starke Überspitzung zu sein“, sagte sie zu Heyms Worten. Weder dem Südthüringer Schulamt noch der Schulleiterin sei irgendetwas von Waffen bekannt, so Klauert. Der CDU-Abgeordnete sprach im Landtag davon, dass „Messer, Pfefferspray und sogar Handfeuerwaffen“ in der Schule im Umlauf gewesen seien.

Die Regelschule Am Kiliansberg besuchen rund 250 Schüler, darunter 17 ausländische Kinder. In einer Klasse werden laut Ministerin maximal drei ausländische Schüler unterrichtet.

Aus <http://www.insuedthueringen.de/> (Südthüringer Zeitung) vom 26. August. ■

Für ein modernes Zuwanderungsrecht

Aus der Rede des Ministerpräsidenten in der Sondersitzung des Thüringer Landtags

Aus der umfangreichen Rede des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow in der Landtagssondersitzung am 24. August zum Stand und den Perspektiven der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Thüringen sei an dieser Stelle folgende Passage zitiert:

Wir brauchen eine Modernisierung unserer Rechtssysteme. Das Zuwanderungsrecht unserer Bundesrepublik Deutschland ist ein seit Jahren blockiertes Debattenthema, das nur ideologisch blockiert worden ist. Wir brauchen ein modernes Zuwanderungsrecht.

Diese Diskussion kenne ich noch, als Rot-Grün das erste Mal in die Bundesverantwortung kam und die große Hoffnung war, dass damit ein modernes Zuwanderungsrecht kommt und ein modernes Staatsbürgerrecht. Das moderne Staatsbürgerrecht ist damals in den Gesetzesgang gegangen. In Hessen gab es einen Wahlkampf. Da hat die CDU Wahlkampf gemacht, wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben. Ich habe das noch gut in Erinnerung.

Deswegen sage ich: Diese Form von Zuwanderungsrecht und Staatsbürgerrecht brauchen wir als Land für uns selbst. Das brauchen wir nicht ideologisch, das braucht auch nicht Rot-Rot-Grün, sondern alle Fachleute, die sich mit Demografie beschäftigen, sagen: In

den nächsten 20 Jahren fehlen der Bundesrepublik Deutschland sieben Millionen Menschen.

Also ist die Frage: Wie gehen wir eigentlich damit um? Um es für Thüringen zu sagen: 5.000 freie Ausbildungsplätze, habe ich gesagt, Dieter Lauinger hat in der Regierungserklärung darauf hingewiesen. Alle Fachleute sagen, in den nächsten zehn Jahren fehlen 200.000 Facharbeiter in Thüringen.

Warum fangen wir jetzt nicht an, diejenigen auszubilden, die dann die Facharbeiter sind, die wir dringend brauchen? Vor 20 Jahren haben uns die Lehrstellen gefehlt. Da haben wir darum gekämpft, mehr Lehrstellen. Das haben wir dann alles überbetrieblich gemacht. Das hat die alte Landesregierung gemacht.

„Menschen, die für uns auch eine Chance bedeuten“

Die CDU hat viel Geld in die Erstausbildung damals investiert. Das war gut und richtig. Aber es war der Staat, der anstelle der Betriebe getreten ist, weil die Betriebe nicht die Menge ausgebildet haben, wie sie sie selbst gebraucht haben. Jetzt, 20 Jahre später, stellen wir fest, wir wissen, in zehn Jahren fehlen uns 280.000 Facharbeiter und wir haben 20.000 Menschen hier, bei denen wir sagen: Wie gehen wir damit um?

Ich sage: Wann erkennen wir endlich, dass das 20.000 Menschen sind, die unter uns Schutz suchen, aber die für uns auch eine Chance bedeuten? Sie bedeuten eine Chance für uns, uns zu öffnen, sie bedeuten eine Chance für uns, eine Bereicherung im Betrieb zu sein, und sie sind eine Chance für jeden in seiner Umgebung, der merkt, dass derjenige etwas will.

Ja, lieber Herr Heym, ich kenne die Geschichte von der einen Familie aus Meiningen, ich kenne aber auch die Geschichte von der Roma-Familie in Neuhaus.

In Neuhaus, neunköpfige Roma-Familie, der Vater ist Schreinermeister. Wir haben mehrfach für ihn gekämpft, dass er endlich eine Arbeitsgenehmigung kriegt. Drei Kinder von ihm sind in der Berufsausbildung. Er spricht fließend deutsch und muss abgeschoben werden - er sollte abgeschoben werden.

Der Kampf war, er sollte abgeschoben werden gemäß Dublin, also Dubliner Abkommen, weil er über ein anderes Land eingereist war. Dann sollte er einfach abgeschoben werden. Dann haben die Bürgermeisterin und ganz viele Betriebe von Neuhaus gesagt, wir kämpfen um diese Familie, wir lassen nicht zu, dass die geht, weil alle von denen mittlerweile sozialisiert in Neuhaus sind. Da kann ich nur sagen: Das ist die Erfolgsgeschichte. ■

„Die NPD von rechts zu überholen, das muss man als AfD erst einmal schaffen“

Matthias Hey, SPD:

Auch ein Wort zu den Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion. (...) Sie sind auf der Jagd nach dem schnellen Applaus. Sie sind auf der Jagd nach der Hoheit am Stammtisch. Ich sage Ihnen, gucken Sie sich bitte den Rest Ihrer Fraktion an, es sind nicht mehr allzu viel übrig von Ihrer Politgruppe, der Rest sitzt schon auf der Seite. Ich sage Ihnen, Sie treten da etwas los, das Sie vielleicht irgendwann nicht wieder einfangen können, denn Sie bereiten damit Leuten den Weg, von denen ich hoffe, dass auch Sie sie nicht wollen.

Björn Höcke AfD:

Und sagen Sie allen, dass Sie für die Lüge von der Bereicherung durch eine multikulturelle Gesellschaft auch noch bezahlen müssen! Über dieses absurde Theaterstück lacht sich die Welt kaputt. Schauen wir uns doch mal an, wer zu uns kommt.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wie kann so ein Mensch nur Lehrer werden?)

(...) Man muss nur die Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge lesen und man weiß, wie der durchschnittliche Asylbewerber 2014 ausgesehen hat. Ich gehe davon aus, dass er genauso im Jahr 2015 ausse-

hen wird: Er ist jung, er ist männlich und er ist muslimisch. Man braucht gar nicht Geschichte oder Soziologie studiert zu haben, um zu wissen, wie sich Gesellschaften verhalten, in denen es einen Jungmännerüberschuss gibt; sie sind aggressiv nach innen und aggressiv nach außen.

(Prof. Dr. Hoff, Chef der Staatskanzlei: Das ist wie die AfD-Fraktion!)

Und wenn es multikulturalisierte Jungmännergesellschaften sind, dann sind es potenzielle Bürgerkriegsgesellschaften. Das ist ein Faktum, sehr verehrte Damen und Herren. Einen Vorgeschmack haben uns die Ereignisse in Suhr schon gegeben.

(...) Man darf feststellen, wenn die Apologeten des Humanitarismus an der Macht und in Regierungsverantwortung sind, dann hat eine vernunftgeleitete Politik des gesunden Menschenverstands Pause. Das ist schade, aber die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen ist der Beleg dafür. (...)

Die derzeitige Lage ist dramatisch und spitzt sich weiter zu. Ich prognostiziere Ihnen, dass aus dem Kommunalnotstand ein Staatsnotstand wird. Die Verantwortung dafür tragen nicht nur die Ideologen von den Linken, sondern tragen alle Parteien bzw. Fraktionen in diesem Hohen Haus, in den Landtagen

und dem Bundestag dieses Landes von ganz Rot bis Schwarz. Die einzige Ausnahme, die ihre Hände in Unschuld waschen kann, das ist die neue blaue Bewegung, das ist die neue blaue Fraktion. Gut, dass es die AfD gibt, sehr verehrte Damen und Herren. (...)

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Der SPD-Fraktionsvorsitzende hat sich in einer sehr respektablen Rede an eine Fraktion rechts außen gewandt und davor gewarnt, wie eine bestimmte Kommunikation laufen kann. Seine Befürchtungen sind - glaube ich - übertroffen worden. In der Rede des AfD-Fraktionsvorsitzenden ist kein einziges Wort über die Situation der Flüchtlinge und die Fluchtursachen geredet worden. (...) Was Sie stattdessen taten, war parteipolitisch, durch Instrumentalisierung der Flüchtlinge. Ich zitiere: „Die merkelnde Kanzlerin“, „der Zwerg Mohring“, das waren die Themen, über die Sie geredet haben. Sie haben behauptet, dass demokratische Fraktionen aus Ihren Anträgen abschreiben würden. Ich habe die Formulierung bewusst so gewählt. Was Sie dann gemacht haben, ist, antiamerika-

nische Verschwörungstheorien darzustellen und darüber hinaus, ich zitiere: Weil wir Flüchtlinge in Thüringen haben - ich zitiere fast im Original - würden „Masern, Windpocken und Krätze sich ausbreiten“. Sie behaupten, dass Kinder und alte Menschen von Tuberkulose bedroht wären, weil sich Flüchtlinge in Thüringen aufhalten. Und das fassten Sie in Ihrem Satz zusammen: „Der deutsche Steuerzahler wird für diesen Wahnsinn belastet.“ Ich will es einmal kurz zusammenfassen: Selbst die NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommern differenziert zwischen Bürgerkriegsflüchtlingen und anderen. Das mag man schon falsch finden, aber nicht einmal diese Differenzierung der NPD in Mecklenburg-Vorpommern nehmen Sie vor. Und die NPD in Mecklenburg-Vorpommern von rechts zu überholen, das muss man als AfD in Thüringen erst einmal schaffen.

Lassen Sie mich meinen Kommentar zu Ihrem Beitrag vielleicht noch in einem Satz zusammenfassen: Sie sprachen davon, dass Truppen mit Männerüberhang aggressiv nach innen und außen seien. Ich denke, das beschreibt die AfD-Fraktion hier im Landtag Thüringen ziemlich gut. (...)

(Aus dem Plenarprotokoll v. 24.8.15) ■

DAS THEMA

Für ein weltoffenes, freundliches Thüringen

Nachdem es in der Nacht zum 7. September in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft gebrannt hatte – in Rockensußra im Kyffhäuserkreis standen die Dachstühle von drei unbewohnten Wohnhäusern in Flammen –, haben **Susanne Hennig-Wellsov, Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, und Sabine Berninger, Sprecherin der Fraktion für Flüchtlings- und Integrationspolitik, den Brandanschlag scharf verurteilt. Am 5. September habe sich in Saalfeld bei der Begrüßung syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge das weltoffene, freundliche Thüringen gezeigt, um Menschen in Not zu helfen, und hier seien kurz darauf feige Kriminelle am Werk gewesen.**

Brandanschlag scharf verurteilt/ Gemeinsames Wort „Mit-Menschlich in Thüringen“

ein dominierendes Motiv der Verbrechen gewesen. Die Abgeordneten begrüßten, dass die Polizei die Tätersuche noch in der Nacht begonnen hatte. Es sei jetzt notwendig, die Ermittlungen zügig zum Erfolg zu bringen und die Täter konsequent zur Rechenschaft zu ziehen. Zudem sei die Zivilgesellschaft dringend gefordert. Es brauche deutliche Signale aus Politik, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, um klar zu machen, dass Thüringen ein menschenfreundliches Land sei. DIE LINKE-Politikerinnen verwiesen auf

das gemeinsame soziale Wort zum Umgang mit Flüchtlingen „Mit-Menschlich in Thüringen“ der beiden christlichen Kirchen, der Jüdischen Landesgemeinde, des DGB und des Verbandes der Wirtschaft, das sie hierbei für beispielhaft halten. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Kriminelle Angst verbreiten und Menschen bedrohen“, betonten die Abgeordneten.

Im gemeinsamen sozialen Wort zum Umgang mit Flüchtlingen heißt es u.a.: Die menschenwürdige Aufnahme und Begleitung von Flüchtlingen kann nur mit einem breiten zivilgesellschaft-

lichen Engagement vieler Menschen gelingen und nicht allein nur durch politische Maßnahmen bewältigt werden. Wir stellen in Thüringen mit großer Dankbarkeit fest: Es gibt eine Vielzahl ehrenamtlicher Initiativen von Bürgern, Vereinen, Verbänden, Sozialpartnern und Religionsgemeinschaften, die Flüchtlinge in ihrem Alltag unterstützen. Diese Unterstützung ist ein wertvolles Gut, das hohe gesellschaftliche Anerkennung verdient, geschützt und weiterentwickelt werden muss.

<https://twitter.com/Thuringen-hilft>



Auf dem Bahnhof von Saalfeld kommen am 5. September 569 Flüchtlinge mit dem „Train of Hope“ (Zug der Hoffnung) an, darunter viele Menschen aus den Kriegsgebieten in Syrien und Afghanistan. Über Wien und München haben sie aus Ungarn Thüringen erreicht. Vor Ort werden sie von Ministerpräsident Bodo Ramelow persönlich begrüßt. „Ihr seid in Thüringen herzlich willkommen!“, ruft er den Menschen zu. Auf dem Bahnsteig sind auch Susanne Hennig-Wellsov, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Sozialministerin Heike Werner, Frank Roßner, Präsident des Thüringer Landesverwaltungsamtes (alle im Bild), Staatssekretär Malte Krückels und Regierungssprecher Alexander Fischer. Sie verteilen Beutel mit Obst und Brot, Wasser und Joghurt sowie Hygieneartikeln an die erschöpften Flüchtlinge. Kinder bekommen auch Spielzeug und Süßigkeiten. Bewegende Momente, die keinen der Beteiligten unberührt lassen. Vor dem Bahnhof sind zahlreiche Helferinnen und Helfer teils schon seit Stunden im Einsatz, darunter die Mitglieder der Linksfraktion Sabine Berninger, Katharina

König, Christian Schaft und Rainer Kräuter. „Danke, dass Ihr hier seid!“, bedankt sich Bodo Ramelow bei den vielen Helferinnen und Helfern. Hier zeige sich, „dass dieses Land ein anderes ist als das der braunen Schreihälse.“

Fotos: Stefan Wogawa



Die Brandstiftung in Rockensußra sei ein Alarmsignal, warnten die Abgeordneten. Sie erinnerten an die 1990er Jahre, als sich aus gewalttätigen Neonazistrukturen in Thüringen die Terrorgruppe NSU herausgebildet hatte. Auch damals sei Fremdenfeindlichkeit

Bestmögliche, menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten

Am 26. und 31. August haben sich die Thüringer Landtagsabgeordnete Sabine Berninger (migrationspolitische Sprecherin) und die Bundestagsabgeordnete Martina Renner getroffen, um Flüchtlingsunterkünfte im Landkreis Gotha, dem Wahlkreis von Martina Renner, zu besichtigen. Bei beiden Terminen wurden sie von Doris Wiegand und Karsten Melang begleitet.

Zunächst ging es in die Erstaufnahmeeinrichtung in Ohrdruf, eine Außenstelle der Landeserstaufnahmeeinrichtung Eisenberg. Die Flüchtlingsunterkunft wurde erst eine Woche zuvor in Betrieb genommen und befindet sich in einem durch Sichtschutz abgetrennten Bereich der Ohrdruffer Bundeswehrkaserne. Der Standort besitzt eine Notkapazität von 320 Plätzen, derzeit sind 289 Plätze belegt. Großteils syrische Flüchtlinge haben hier Schutz gefunden.

Neben einer Führung mit dem Leiter der Aufnahmeunterkunft wurden auch Probleme angesprochen. So bedarf es Umbauarbeiten, um Waschmaschinen und Trockner anschließen und einen Gemeinschaftsraum bieten zu können. Der zweite Termin begann mit einer Besichtigung der geplanten Gemein-

schaftsunterkunft in Ohrdruf. Gemeinsam mit dem zuständigen Kontaktbereichsbeamten wurde das Gebäude, welches am 15. September die ersten Flüchtlinge beherbergen soll, inspiziert.

Anschließend wurde eine seit Mai betriebene Gemeinschaftsunterkunft in Gotha zusammen mit dem 2. Beigeordneten des Landkreises, Herrn Fröhlich, sowie dem Leiter des sozialen



Dienstes, Herrn Mansius, besichtigt. Derzeit beherbergt die Unterkunft knapp 40 Personen. Anträge auf Baubeginn und somit auf eine Erweiterung auf knapp 100 Personen wurden eingereicht. Auch gab es bislang, entgegengesetzt den Erwartungen mancher Anwohnerinnen und Anwohner keinerlei Probleme.

Spontan wurden die beiden Abgeordneten auf eine in einer Turnhalle befindliche Notunterkunft des Landes aufmerksam gemacht. Seit dem 24.08.2015 sind ca. 80 Flüchtlinge, die vorher in der Thüringer Verwaltungsfachschule untergebracht waren, provisorisch in der Turnhalle einquartiert.

Bei einem Gespräch mit einem Angestellten des privaten Sicherheitsdienstes wurde schnell klar, dass es vielerorts noch hakt und Dinge des täglichen Lebens fehlen. Die Flüchtlinge müssen provisorisch auf Feldbetten schlafen und haben keinerlei Privatsphäre. Die Schulverwaltung und der Sicherheitsdienst arbeiten mit Hochdruck an Möglichkeiten, die Situation für Flüchtlinge zu verbessern.

Bei beiden Terminen haben sich die Abgeordneten Wünsche, Verbesserungsvorschläge und Möglichkeiten für ihre parlamentarische Arbeit mitgeteilt, um eine bestmögliche, menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten gewährleisten zu können und diese vor verbalen oder körperlichen Angriffen durch Neonazis zu

schützen. *Dazu gehört vor allem:*

Eine eigenständige Unterbringung für Familien und Frauen und Kinder – letztendlich muss es so schnell wie möglich in Thüringen zudem eine Clearingstelle für unbegleitete Minderjährige geben.

Eine Sozial- und Asylberatung an allen Standorten von Gemeinschafts- und Notunterkünften, die mit ausreichenden Dolmetscherkapazitäten und eigenen Räumlichkeiten ausgestattet werden.

Ein standardisiertes Willkommenspaket für Flüchtlinge, das als Wegweiser mit allen notwendigen Informationen für die Regeln in den Erstaufnahmen deren drängendste Fragen klärt:

Aus welchen Schritten besteht ein Asylverfahren? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um einen Familiennachzug zu ermöglichen, um zu studieren, um zu arbeiten oder eine Ausbildung zu beginnen?

Dieses Willkommenspaket kann zusammen mit den jeweils lokalen Informationen ausgehändigt werden und eine erste Orientierung bieten – und sollte zudem auch online unter einer leicht auffindbaren Adresse einsehbar sein.

Karsten Melang

„Die Schnellsten Europas“

Mit der Landtagsabgeordneten Dr. Iris Martin-Gehl auf Sommertour im Kyffhäuserkreis

Wie andere Landtagsabgeordnete der Linksfraktion war auch Dr. Iris Martin-Gehl auf Sommertour vor Ort in ihrem Wahlkreis. Sie besuchte verschiedene Orte, Vereine und Einrichtungen im Kyffhäuserkreis, um einen tieferen Einblick in die Gegebenheiten und Problemlagen zu erlangen. An dieser Stelle eine kleine Auswahl der ausführlichen Berichte von Wahlkreismitarbeiter Falco Neubert, nachzulesen unter www.iris-martin-gehl.de:

Bei der TALISA in Artern: Der Name steht für die Thüringer Arbeitsloseninitiative – Soziale Arbeit e.V. Leiterin Karin Franke führt uns durch die Räumlichkeiten des 2010 bezogenen Gebäudes. Neben einer Tafel und Suppenküche gibt es auch ein Möbelsozialkaufhaus, Nähstube, Kleiderkammer sowie Möglichkeiten für Treffs von Jugendlichen, Senioren und Selbsthilfegruppen. Überhaupt ist das Angebot umfangreich, darunter verschiedene Sozialberatungen sowie Stabilisierungs-, Aktivierungs- und Integrationsmaßnahmen. Der Verein, der zu einem großen Teil auf Spenden angewiesen ist, organisiert einmal wöchentlich ein kostenloses Frühstück für die Schüler der Grundschule Tischplatt in Bad Frankenhausen. Viele Kinder, die sonst mit leerem Magen den Schultag beginnen würden, erhalten so wenigstens einmal in der Woche ein gesundes Frühstück. In den Ferien organisiert die TALISA Projekte für bedürftige Kinder in Wiehe.

Auch wenn viele Maßnahmen gefördert werden, ist der stets zu erbringende Eigenanteil eine Herausforderung. Ohne Spenden geht es gar nicht. Für Iris Martin-Gehl ist die Unterstützung von Einrichtungen und Vereinen wie der TALISA ein besonderes Anliegen. Sie möchte gern wiederkommen und beispielsweise ein Arbeitslosenfrühstück oder in der Adventszeit eine Weihnachtsfeier für bedürftige Kinder finanziell unterstützen. An diesem Tag überreicht sie einen Spendenscheck.

Betriebsbesichtigung der Firma CNC Werkzeugschleiferei und Werkzeughandel in Göllingen: Joachim Steikert ist 74 Jahre alt, doch merkt man das dem tatkräftigen Seniorchef kaum an, als er uns durch die Werkhallen seines 1977 gegründeten Unternehmens führt. Bisher habe sich noch kein Landtagsabgeordneter in seinen Betrieb „verirrt“ und er freue sich, diesen nun vorstellen zu können. Er erklärt bis ins Detail jede Funktion und Eigenschaft der Maschinen und Fertigungsprodukte. Man spürt dabei förmlich, dass hier jemand mit Stolz und Vergnügen sein Lebenswerk präsentieren kann. Begonnen hat alles zu DDR-Zeiten, erst nebenberuflich, ab 1980 hauptberuflich. Geschliffen wurden medizinische Instrumente, Fleischwolf-sätze, Messer und Scheren sowie mit selbstgebaute Technik CV- und Handsägen. 1992 zog die Firma in das ehemalige Bahnhofsgebäude. Hier war

endlich genügend Platz für Erweiterungen, die es gestatteten, Werkzeuge für Holz- und Kunststoff- sowie Metallbearbeitung zu schleifen. Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten wurde in moderne Schleiftechnik sowie neue technologische Abläufe investiert.

Mittlerweile beschäftigt das Familienunternehmen 21 Personen. Dabei bildet es seine Schneidwerkzeugmechaniker auch selbst aus. Der Betrieb hat damit die meisten Beschäftigten im Ort. Man verfolgt den Anspruch, die Löhne auf Westniveau zu zahlen. Der feste Kundenstamm verlässt sich auf die hohe Qualität der Produkte und schätzt die Flexibilität und schnellen Lieferzeiten. Mitunter können Spezialwerkzeuge innerhalb eines Tages angefertigt und geliefert werden.

„Wir sind die Schnellsten Europas!“, betont Joachim Steikert. Die Auftragslage sei entsprechend gut. Die Landtagsabgeordnete war sichtlich beeindruckt von der Firmenphilosophie, die erfolgreich auf langsames aber kontinuierliches Wachstum setzt und sich dabei der Region verpflichtet fühlt. Sie hoffe auf mehr derartige Firmenkonzerte für den Kyffhäuserkreis und wünschte Herrn Steikert alles Gute für die weitere Entwicklung seiner Firma.



Jugendbegegnungsstätte und Landfrauen: Zum Abschluss unseres Besuches in Göllingen führte uns Orts- teilbürgermeister Harry Hettler (LINKE) zu seinem Herzensprojekt, der Internationalen Jugendbegegnungsstätte. Von 1992 bis 2014 wurde sie von verschiedenen Trägern betrieben und drohte dann auszulaufen. Harry Hettler setzt alles daran, die Begegnungsstätte mit neuem Leben zu erfüllen. Für weitere zwei Jahre wurden ihm nun die Mittel für die Fortführung des Hauses von der

Großgemeinde bewilligt. Nun gilt es, das Projekt auf tragfähige Füße zu stellen. Die Ausgangslage scheint dafür durchaus geeignet. Besonders für Radfahrer und Wandergruppen bietet sich die Einrichtung an, liegt sie doch direkt am neuen Unstrut-Werra-Radweg zwischen Sondershausen und Bad Frankenhausen. Zahlreiche Ausflugsziele, wie das Kyffhäuserdenkmal, die Barbarossaöhle, das Panoramamuseum Bad Frankenhausen oder das Besucherbergwerk in Sondershausen, liegen bequem erreichbar. Das Haus bietet preisgünstige Übernachtungsmög-



lichkeiten für bis zu 24 Personen. Um es weiter bekannt zu machen, ist unbedingt ein Internetauftritt vonnöten, doch mangelt es im Haus sogar an einem Telefonanschluss. Herr Hettler wird also vorerst weiter um Mittel kämpfen müssen. Tatkräftig unterstützt wird er von der Bevölkerung.

Mit dabei sind auch die Göllinger Landfrauen um die Ortsvorsitzende Petra Hache. Sie betreut das Jugendprojekt und versucht zurzeit mit der Erarbeitung eines Informationsflyers dessen Bekanntheitsgrad zu steigern. Obwohl die Ortsgruppe nur noch elf Mitglieder zählt, üben sich die Landfrauen regelmäßig in traditioneller Handarbeit, bieten bei Veranstaltungen Dekorations- und Kreativwerkstätten an, organisieren Blutspenden und veranstalten Ausflugsfahrten. Auch hier überreichte Iris Martin-Gehl einen Spendenscheck. Sie lud zudem die Ortsgruppe zu einer Fahrt in den Thüringer Landtag ein.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Alles nicht neu

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn fand Ende August einen eigenen Zugang zum Wüten eines gewalttätigen Neonazi-Mobs vor dem Flüchtlingsheim im sächsischen Heidenau und Unmutsäußerungen gegen Sachsens ministeriellen Aprilscherz Markus Ulbig (auch CDU, geboren am 1.4.1964) bei einem Willkommensfest für Flüchtlinge: „Ich mag halt beide nicht, weder Antifa noch NPD.“

In der „Thüringer Allgemeinen“ (TA) behauptete Martin Debes am 7. September gar eine Gemeinschaft von Flüchtlingsaktivisten und Fremdenfeinden, bei denen es angeblich „am allerliebsten gegen jene geht, die sich zwischen den Extremen aufhalten, in dieser gefährlichen, weil unideologischen Mitte“. In der Nacht, in der man die TA-Ausgabe druckte, brannte die künftige Flüchtlingsunterkunft in Rockensußra.

Derlei Denunziation ist nicht neu, in den 1990ern gehörte sie zum Repertoire der Verharmloser rechter Gewalt. Eine Demonstration gegen militante Neonazis, die sich „Anti-Antifa“ und „Thüringer Heimatschutz“ (THS) nannten, wurde im Herbst 1997 in Saalfeld verboten. Regionale Medien diskreditierten die Befürworter als Nestbeschmutzer und „Chaoten“. Als die PDS-Fraktion im Landtag eine Anhörung zum Verbot durchführte, höhnte die Bild-„Zeitung“ von einer „linksradikale(n) Muppet-Show“ mit „Antifa-Rabauken“. Der THS wurde später als Keimzelle der Terrorgruppe NSU bekannt, die Schamfrist war bei CDU und Teilen der Medien nur kurz – siehe oben.

Doch um die Verharmloser wird es einsamer. Ironie der Geschichte: in Saalfeld bewiesen am 5.9. viele Menschen bei der Ankunft syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge, dass Thüringen weltoffen ist. Und die „Mitte“ (Kirchen, Jüdische Gemeinde, DGB, Wirtschaft) ruft zum „breiten zivilgesellschaftlichen Engagement“ für Flüchtlinge auf.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.